

Germany-Frankfurt-on-Main: IT services: consulting, software development, Internet and support

OJ S 166/2023 30/08/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Universitätsklinikum Frankfurt

Postal address: Theodor-Stern-Kai 7

Town: Frankfurt am Main

NUTS code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt

Postal code: 60590

Country: Germany

Contact person: Latocha, Eva

E-mail: vergabeabteilung@kgu.de

Telephone: +49 6963010

Internet address(es):

Main address: <http://www.kgu.de>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/2c9909f0-f641-4658-addb-95c2d29b5961>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/external/deeplink/subproject/2c9909f0-f641-4658-addb-95c2d29b5961>

I.4. Type of the contracting authority

Body governed by public law

I.5. Main activity

Health

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

Projektunterstützung im KHZG Projekt: Leitstand

Reference number: 2023052

II.1.2. Main CPV code

72000000 IT services: consulting, software development, Internet and support

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) ist ein Gesetz, das im September 2020 in Deutschland verabschiedet wurde und die Digitalisierung der Krankenhäuser in Deutschland fördern soll. Das Gesetz stellt insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung, um Investitionen in die digitale Infrastruktur der Krankenhäuser zu ermöglichen. Dadurch soll unter anderem die Digitalisierung der Krankenhausprozesse und die Einführung von Telemedizin und digitalen Patientenakten vorangetrieben werden.

Das KHZG enthält spezifische Regelungen, wie die Mittel verwendet werden sollen und welche Bedingungen die Krankenhäuser erfüllen müssen, um die Förderung zu erhalten. Die Umsetzung des KHZG wird von verschiedenen Akteuren wie dem Bundesministerium für Gesundheit und den Krankenhausträgern in Deutschland vorangetrieben.

Zur Umsetzung wird im Rahmen der Förderrichtlinien zum KHZG eine Unterstützung in Form eines erfahrenen Projektleiters für das UKF gesucht.

Innerhalb des KHZG Projektes werden folgende Ziele verfolgt:

Aufbau Zentrale Leitstelle mit dem Ziel relevante Informationen zu Prozessen und Ressourcen (in Echtzeit) transparent zu machen und somit Personal maximal und sinnvoll auszulasten und Entscheidungsfindung und Kommunikation zu verbessern

Implementieren Clinical Decision Support als Unterstützungshilfe. Speziell angepasste Künstliche Intelligenz an Erfahrungslevel des Personals (Rollen & Skills). Ergänzt durch intelligentes Monitoring

Integrierte Übersicht & proaktives Handeln. Ein an Bedarf angepasstes Bettenmanagement, bei der die Bedürfnisse und Anforderungen verschiedener Stakeholder im UKF berücksichtigt werden (z.B. Ökonomisierung, fokussierte Betreuung des Patienten)

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.2. Additional CPV code(s)

72220000 Systems and technical consultancy services

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE712 Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: Frankfurt am Main

II.2.4. Description of the procurement

Das Krankenhauszukunftsgesetz (KHZG) ist ein Gesetz, das im September 2020 in Deutschland verabschiedet wurde und die Digitalisierung der Krankenhäuser in Deutschland fördern soll. Das Gesetz stellt insgesamt fünf Milliarden Euro zur Verfügung, um Investitionen in die digitale Infrastruktur der Krankenhäuser zu ermöglichen. Dadurch soll unter anderem die Digitalisierung der Krankenhausprozesse und die Einführung von Telemedizin und digitalen Patientenakten vorangetrieben werden.

Das KHZG enthält spezifische Regelungen, wie die Mittel verwendet werden sollen und welche Bedingungen die Krankenhäuser erfüllen müssen, um die Förderung zu erhalten. Die Umsetzung des KHZG wird von verschiedenen Akteuren wie dem Bundesministerium für Gesundheit und den Krankenhausträgern in Deutschland vorangetrieben. Zur Umsetzung wird im Rahmen der Förderrichtlinien zum KHZG eine Unterstützung in Form eines erfahrenen Projektleiters für das UKF gesucht.

Innerhalb des KHZG Projektes werden folgende Ziele verfolgt:

- Aufbau Zentrale Leitstelle mit dem Ziel relevante Informationen zu Prozessen und Ressourcen (in Echtzeit) transparent zu machen und somit Personal maximal und sinnvoll auszulasten und Entscheidungsfindung und Kommunikation zu verbessern
- Implementieren Clinical Decision Support als Unterstützungshilfe. Speziell angepasste Künstliche Intelligenz an Erfahrungslevel des Personals (Rollen & Skills). Ergänzt durch intelligentes Monitoring
- Integrierte Übersicht & proaktives Handeln. Ein an Bedarf angepasstes Bettenmanagement, bei der die Bedürfnisse und Anforderungen verschiedener Stakeholder im UKF berücksichtigt werden (z.B. Ökonomisierung, fokussierte Betreuung des Patienten)

II.2.5. Award criteria

Criteria below

Quality criterion - Name: Projekterfahrung / Weighting: 28

Quality criterion - Name: Berufserfahrung / Weighting: 17,5

Quality criterion - Name: Transition-Konzept / Weighting: 10,5

Quality criterion - Name: Betreuungskonzept / Weighting: 14

Price - Weighting: 30

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 01/11/2023 End: 31/12/2024

This contract is subject to renewal: no

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Bieter haben eine Eigenerklärung Unternehmensdaten mit folgenden Angaben abzugeben:

- Rechtsform
- Registergericht und HRA/HRB Nummer (sofern zutreffend)
- USt.ID-Nr.
- Adresse (Staat, Ort, Straße, Hausnr.)
- Ansprechpartner (Vorname, Name)
- Telefon
- Angaben für statistische Zwecke (VergStatVO).

Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben in dem Angebot jeweils die Mitglieder

zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Vollmacht des Vertreters der Bietergemeinschaft muss von sämtlichen Mitgliedern unterschrieben sein und ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Im Angebot sind die Gründe zur Bildung der Bietergemeinschaft darzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch.

Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft sind die Eignungsnachweise nach Ziff. III.1.2 dieser Bekanntmachung mit dem Angebot einzureichen.

Eignungsleihe:

Sofern ein Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen will, wird im Rahmen der Eignungsprüfung überprüft, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so behält sich der Auftraggeber vor, eine gemeinsame Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu verlangen.

Es wird ausdrücklich auf § 47 der Vergabeverordnung (VgV) hingewiesen.

Bieter haben eine Eigenerklärung Unternehmensdaten mit folgenden Angaben abzugeben:

- Rechtsform
- Registergericht und HRA/HRB Nummer (sofern zutreffend)
- USt.ID-Nr.
- Adresse (Staat, Ort, Straße, Hausnr.)
- Ansprechpartner (Vorname, Name)
- Telefon
- Angaben für statistische Zwecke (VergStatVO).

Bietergemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter haben in dem Angebot jeweils die Mitglieder zu benennen sowie eines ihrer Mitglieder als bevollmächtigten Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages zu bezeichnen. Die Vollmacht des Vertreters der Bietergemeinschaft muss von sämtlichen Mitgliedern unterschrieben sein und ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Im Angebot sind die Gründe zur Bildung der Bietergemeinschaft darzulegen. Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haften gegenüber dem Auftraggeber gesamtschuldnerisch.

Von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft sind die Eignungsnachweise nach Ziff. III.1.2 dieser Bekanntmachung mit dem Angebot einzureichen.

Eignungsleihe:

Sofern ein Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen will, wird im Rahmen der Eignungsprüfung überprüft, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber oder Bieter für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Nimmt ein Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, so behält sich der Auftraggeber vor, eine gemeinsame Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe zu verlangen. Es wird ausdrücklich auf § 47 der Vergabeverordnung (VgV) hingewiesen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Angaben zur Eintragung in das Berufsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes
2. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation.
3. Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt.

4. Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

5. Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Minimum level(s) of standards possibly required:

Zu 2:

Eigenerklärung, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Zu 3:

Eigenerklärung, dass

- für das Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 oder § 124 GWB vorliegen.
- in den letzten zwei Jahren ich/wir nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Wettbewerbsregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der

Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister des Bundeskartellamts anfordern.

Zu 4:

Eigenerklärung, dass das Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat.

Falls das Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, wird eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen vorgelegt.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

1. 3 Referenzen mit einschlägigen Berufserfahrungen mit Bezug auf KRITIS

- 2. Erfahrung im klinischen Umfeld
 - 3. Zertifizierung für das Durchführen von Projekten im KHZG- Förderrechtlinienkontext
 - 4. Verhandlungssicher Deutsch und Englisch
- Minimum level(s) of standards possibly required:
Zu 2. Mindestens 5 Jahre Erfahrung
Zu 3. Zertifizierung ist Mindeststandard

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Open procedure

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The procurement involves the establishment of a framework agreement

Framework agreement with a single operator

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 26/09/2023 Local time: 13:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Tender must be valid until: 25/10/2023

IV.2.7. Conditions for opening of tenders

Date: 26/09/2023 Local time: 13:00

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about electronic workflows

Electronic ordering will be used

Electronic invoicing will be accepted

Electronic payment will be used

VI.3. Additional information

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer des Landes Hessen beim Regierungspräsidium Darmstadt

Postal address: Wilhelminenstraße 1-3

Town: Darmstadt
Postal code: 64283
Country: Germany
E-mail: vergabekammer@rpda.hessen.de
Telephone: +49 6151126603
Fax: +49 611327648534
Internet address: <http://www.rp-darmstadt.hessen.de>

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein Nachprüfungsantrag ist gemäß § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB)

unzulässig, soweit:

1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des

Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10

Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt;

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber

dem Auftraggeber gerügt werden;

3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis

zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu

wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1

Nummer 2.

VI.5. Date of dispatch of this notice

25/08/2023